

Niederschrift

RAT/025/2024

über die öffentliche Sitzung des Rates der Stadt Rheine am 07.05.2024

Die heutige Sitzung des Rates der Stadt Rheine, zu der alle Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen und - wie folgt aufgeführt - erschienen sind, beginnt um 17:00 Uhr im Sitzungssaal 126 des Neuen Rathauses.

Anwesend als

Vorsitzender:

Herr Dr. Peter Lüttmann

Bürgermeister

Mitglieder des Rates:

| | | |
|---------------------------|-----------------------|--------------|
| Frau Marlen Achterkamp | CDU | Ratsmitglied |
| Herr José Azevedo | CDU | Ratsmitglied |
| Herr Til Beckers | CDU | Ratsmitglied |
| Herr Christian Beckmann | CDU | Ratsmitglied |
| Herr Dominik Bems | SPD | Ratsmitglied |
| Herr Karl-Heinz Brauer | SPD | Ratsmitglied |
| Herr Volker Brauer | SPD | Ratsmitglied |
| Herr Detlef Brunsch | FDP | Ratsmitglied |
| Herr Alexander Burmeister | CDU | Ratsmitglied |
| Herr Markus Doerenkamp | CDU | Ratsmitglied |
| Frau Melanie Ehrhardt | CDU | Ratsmitglied |
| Frau Annette Floyd-Wenke | DIE LINKE | Ratsmitglied |
| Frau Silke Friedrich | BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN | Ratsmitglied |
| Herr Jürgen Gude | CDU | Ratsmitglied |
| Herr Stefan Gude | CDU | Ratsmitglied |
| Herr Andree Hachmann | CDU | Ratsmitglied |
| Frau Janine Heile-Limberg | FDP | Ratsmitglied |
| Herr Udo Hewing | BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN | Ratsmitglied |
| Herr Marius Himmler | BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN | Ratsmitglied |
| Frau Nina Homann-Eckhardt | CDU | Ratsmitglied |
| Herr Christian Jansen | BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN | Ratsmitglied |

Mitglieder des Rates:

| | | |
|----------------------------|-----------------------|--------------|
| Herr Martin Beckmann | CDU | Ratsmitglied |
| Herr Dieter Fühner | CDU | Ratsmitglied |
| Frau Dr. Gertrud Hovestadt | BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN | Ratsmitglied |
| Herr Christian Kaisal | CDU | Ratsmitglied |
| Herr Bernhard Kleene | SPD | Ratsmitglied |
| Frau Yvonne Köhler | SPD | Ratsmitglied |
| Herr Dr. Manfred Konietzko | CDU | Ratsmitglied |
| Frau Birgit Marji | UWG | Ratsmitglied |

Herr Dr. Lüttmann eröffnet die heutige Sitzung des Rates der Stadt Rheine.

Herr Weßling stellt den Antrag, den TOP 12 vorzuziehen, da zahlreiche Bürger für diesen TOP anwesend seien.

Herr Dr. Lüttmann schlägt vor, den TOP 12 vor TOP 5 zu beraten. Diesem Vorschlag wird einstimmig zugestimmt.

Öffentlicher Teil:

1. Niederschrift Nr. 24 über die öffentliche Sitzung am 19.03.2024

Zu Form und Inhalt der o. g. Niederschrift werden weder Änderungs- noch Ergänzungsvorschläge vorgetragen.

2. Informationen der Verwaltung

Haushaltsslage

Herr Krümpel berichtet, dass die Kommunalaufsicht am Vortage keine grundsätzlichen Bedenken wegen der Haushaltssatzung 2024 geäußert habe. Die Kommunalaufsicht weist aber besonders auf die finanzielle Situation der Stadt Rheine hin, es sollten daher aufgrund der geplanten Fehlbedarfe und der Verschuldungslage Haushaltsentscheidungen künftig besonders sorgsam abgewägt werden.

Persönliche Erklärung

Frau Schauer berichtet, dass sie sich auf die vakante Stelle als Stadtbaurätin in Nordhorn beworben habe. Dies sei eine rein persönliche Entscheidung und nicht als Entscheidung gegen Rheine zu verstehen.

3. Einwohnerfragestunde

Immermannstraße:

Bürger 1 berichtet, dass sich die bekannte Situation an der Immermannstraße immer noch nicht geändert habe. Es würde weiterhin zu schnell gefahren. Er fordert, dass jemand sich die Situation vor Ort anschaut.

Frau Schauer entgegnet, dass die Situation bekannt sei und auch entsprechende Antworten erteilt wurden. Sie weist darauf hin, dass für die Überwachung des fließenden Verkehrs die Polizei zuständig sei.

Zentrale Unterbringungseinrichtung (ZUE):

Bürgerin 2 fragt, ob der bisherige TOP 12 vertagt werden könne auf die Zeit nach der geplanten Informationsveranstaltung zur ZUE.

Herr Dr. Lüttmann weist darauf hin, dass der TOP auf der Tagesordnung stehe und auch ausführlich beraten werde. Wie der Beschluss aussehen werde, könne er zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht sagen. Der Mietvertrag werde jedoch bis zur Informationsveranstaltung noch nicht unterschrieben sein, insofern könnten die Anregungen aus der Informationsveranstaltung mit in die Verhandlungen aufgenommen werden.

Weiter fragt Bürgerin 2, welche Möglichkeiten des Widerspruchs die Anwohner hätten.

Herr Dr. Lüttmann verweist auf eine anwaltliche Beratung, um prüfen zu lassen, ob es möglicherweise Optionen gebe.

Bürger 3 fragt nach, ob es für den Bereich der ZUE eine Artenschutzprüfung 2 gebe. Er weist darauf hin, dass die Ausschreibung für eine Tiefgründung sattelfest erfolgen sollte. Darüber hinaus fragt er nach, ob es einen gültigen Bebauungsplan gebe, denn nach seinen Informationen sei dort noch ein Gewerbegebiet als Nutzung eingetragen.

Frau Schauer erklärt, dass die Artenschutzprüfung 2 durchgeführt worden sei und diese keinen Hinderungsgrund darstelle. Im Rahmen der Abbruchplanung müsse man ggf. auf bestimmte Zeiten achten. Weiter führt sie aus, dass es keinen gültigen Bebauungsplan gebe.

Bürger 4 fragt nach den Erfahrungen, die mit der bisherigen ZUE gemacht wurden.

Herr Dr. Lüttmann verweist auf die bisherige ZUE an der Mittelstraße und erklärt, dass im Rahmen der Beratungen zum bisherigen TOP 12 die Erfahrungen geschildert würden.

Bürger 4 erkundigt sich weiter, ob die Stadt Rheine für einen möglichen Wertverlust der angrenzenden Grundstücke aufkommen würde.

Herr Dr. Lüttmann verneint dies.

Bürger 5 erkundigt sich, ob der Businessplan des Vorhabens erläutert werden könne und ob für den Kauf des Grundstücks, die Bodensanierung und für den Rückbau lediglich eine Summe von 250.000 Euro eingeplant wurde. Weiter fragt er nach, ob der Kaufvertrag für das Grundstück bereits mit der BIMA abgeschlossen wurde.

Frau Schauer erklärt, dass der Kaufvertrag noch nicht abgeschlossen wurde und die 250.000 Euro für den Rückbau, aber nicht für den Ankauf im Haushalt eingestellt wurden.

Bürger 6 erkundigt sich, ob es Überlegungen zum Schall- bzw. Lärmschutz gebe, da bei geplanten 500 Personen durchaus mit einer gewissen Lärmkulisse zu rechnen sei. Weiter fragt er, ob es Überlegungen gebe bestimmte Freizeiteinrichtungen miteinzubinden.

Herr Gausmann weist darauf hin, dass es ein Betreuungskonzept des Landes geben werde. Darüber hinaus werde jeder Betreuungsdienstleister angehalten, eine enge Kooperation mit den Nachbarn und auch mit Vereinen, Institutionen und ehrenamtlichen Mitarbeitern zu installieren, um dort ein hohes Maß an Zufriedenheit für alle Beteiligten herzustellen.

Frau Schauer erläutert, dass derzeitig eine Schallschutzwand nicht geplant sei. Mit der Bezirksregierung wurde jedoch bereits besprochen, dass bei der Erstellung der baulichen Anlagen und bei der Situierung der Freizeitbereiche auf die Anwohner/Nachbarn Rücksicht genommen werde.

Bürger 6 merkt an, dies nochmal vor Ort zu betrachten, da die Grundstücke direkt angrenzen würden. Eine Abgrenzung wäre daher extrem wichtig für die Anwohner.

Bürger 7 fragt nach, warum heute schon ein Beschluss gefasst werden solle und nicht erst nach der Bürgerinformation, da der Vertrag erst nach der Bürgerinformation geschlossen werden soll.

Herr Dr. Lüttmann erklärt, dass der Beschluss als Auftrag verstanden werden müsse, die Verhandlungen mit dem Ziel des Vertragsabschlusses weiterzuführen. Wie der Vertrag ausformuliert werde müsse abgewartet werden. Er weist darauf hin, dass die Informationsveranstaltung keine Abstimmungsveranstaltung sei. Punkte, die man bisher nicht bedacht habe, könnten anschließend noch mit in die Verhandlungen einfließen.

Bürger 7 erkundigt sich, inwieweit die Kosten für die Bodensanierung kommuniziert wurden.

Frau Schauer erklärt, dass diese als Position im Haushaltsplan stünden.

Bürgerin 8 fragt nach, warum auf so einem kleinen Grundstück in einem Bebauungsbereich mit Ein- und Zweifamilienhäuser eine Einrichtung mit 500 Personen geplant werde. Sie schlägt eine Verteilung der Einrichtungen über das gesamte Stadtgebiet vor.

Herr Dr. Lüttmann weist darauf hin, dass auch Alternativstandorte geprüft worden seien.

Bürgerin 2 hakt nach, warum so viele Personen auf einem Fleck untergebracht würden. Eine Verteilung könnte zu mehr Akzeptanz führen. Weiter erklärt sie, dass die Informationen seitens der Stadt nicht gelungen gewesen seien.

Herr Dr. Lüttmann erklärt, dass hierfür die Informationsveranstaltung am 16. Mai gedacht sei. Vorher sei eine Informationsveranstaltung nicht sinnvoll gewesen. Diese Informationsveranstaltung sei jedoch von Anfang an geplant gewesen.

Bürger 9 verweist auf § 15 der Raumnutzungsverordnung, wonach solche Anlagen im Einzelfall unzulässig seien, wenn sie nach Umfang und Zweckbestimmung der Eigenart des Baugebietes widersprechen. Es sieht die ZUE als nicht gleich oder verwandt an.

Herr Dr. Lüttmann stellt fest, dass dies ggf. juristisch überprüft werden könne.

Herr Gausmann geht davon aus, dass die Bebauung zulässig sei. Es handele sich um eine ZUE mit einem eigenen Sicherheits- und Betreuungskonzept.

Bürger 9 verweist zudem auf die TA-Lärm und darauf, dass die Anwohner bereits stark durch das Kalkwerk und die Neuenkirchener Straße belastet seien und diese Werte sich summieren würden.

Frau Schauer erläutert, dass die TA-Lärm im Baugenehmigungsverfahren geprüft werde.

Bürger 4 erkundigt sich nach Missständen in der bisherigen ZUE.

Herr Gausmann erläutert die Unterbringungen in der ZUE in der alten Damloup-Kaserne. Dort wurde in den Anfangszeiten (2015) eine Zeltstadt für 800 Personen errichtet. Dies musste aufgrund der damaligen Flüchtlingsströme schnell erfolgen, dadurch konnten zu Beginn nicht alle Standards die heute bestehen eingehalten werden. Aufgrund der damaligen Situation kam es zu den Missständen, die im Laufe der Zeit jedoch abgebaut werden konnten.

Herr Dr. Lüttmann ergänzt, dass bei der Informationsveranstaltung auch die Polizei anwesend sei, um Fragen zu beantworten.

Bürgerin 2 stellt fest, dass bisher keine Polizei in ihrem Wohngebiet erforderlich gewesen sei und fragt nochmal nach, warum die ZUE nicht auf mehrere Standorte aufgeteilt werde. Es sei egal, ob 100, 200 oder 500 Personen an einer Stelle untergebracht würden.

Herr Gausmann entgegnet, dass es gewisse Fixkosten für eine Unterbringungseinrichtung gebe. Als Beispiel nennt er den Sicherheitsdienst, der an der Gartenstraße jährlich 650.000 Euro gekostet habe, und den Betreuungsdienst, die jeweils in der Einrichtung anwesend sein müssen. Eine Grundstruktur müsse vorhanden sein, und diese würde jeweils entsprechende Kosten verursachen.

Bürger 7 erkundigt sich, ob es ein Nachnutzungskonzept nach den 10 Jahren Mietdauer gebe.

Herr Dr. Lüttmann erklärt, dass es dann eine verfügbare Fläche sei, eine konkrete Nachnutzung bestehe jedoch noch nicht.

Bürger 7 hakt nach, ob sichergestellt werden könne, dass eine Weitervermietung an die Bezirksregierung ausgeschlossen sei.

Herr Dr. Lüttmann verweist auf die Entwicklungen bezüglich der Damloup-Kaserne, dort wurde die Nutzung als ZUE nicht bzw. nur kurz verlängert.

Bürger 3 erkundigt sich, ob die Entsorgungskosten noch bei 36.000 Euro lägen. Weiter fragt er ob diese Kosten für den Alternativstandort Hessenschanze ermittelt wurden.

Frau Schauer erklärt, dass es am Standort bisher keinerlei Untersuchungen hinsichtlich Altlasten und Bodenbelastungen gegeben habe. Es sei jedoch festgestellt worden, dass der dortige Kanal nicht ausreiche, die Kosten hierzu wurden jedoch auch noch nicht berechnet. Die Entsorgungskosten für die alte Straßenmeisterei würden bei einer Entwicklung der Fläche auf jeden Fall anfallen.

Herr Dr. Lüttmann bedankt sich bei den Bürgern für die sachliche Art der Fragestellungen.

4. Änderung in der Besetzung von Gremien

Herr Dr. Lüttmann weist darauf hin, dass kurzfristig unter 4.5 ein neuer Antrag der CDU-Fraktion zur Änderung in der Besetzung von Gremien eingegangen sei.

**4.1. Änderung in der Besetzung von Gremien - Schulausschuss
Vorlage: 148/24**

Beschluss

Der Rat der Stadt Rheine nimmt zur Kenntnis, dass die Evangelische Kirchengemeinde Jakobi Rheine Herrn Vitali Schmidt (Nachfolge Axel Roosen) als persönlichen Vertreter von Herrn Eckard Roloff bestellt hat.

Abstimmungsergebnis: zur Kenntnis genommen

**4.2. Änderung in der Besetzung von Gremien - Jugendhilfeausschuss
Vorlage: 168/24**

Beschluss:

Der Rat der Stadt Rheine nimmt zur Kenntnis, dass die Bundesagentur für Arbeit Frau Andrea Deupmann als persönliche Vertreterin für Frau Andrea Gehring bestellt hat. (Nachfolge S. Greitschus)

Abstimmungsergebnis: zur Kenntnis genommen

**4.3. Änderung in der Besetzung von Gremien - Verwaltungsrat Stadtparkasse
Vorlage: 169/24**

Beschluss:

Der Rat der Stadt Rheine bestellt folgende Dienstkräfte der Stadtparkasse Rheine in den Verwaltungsrat der Stadtparkasse Rheine:

1. Herrn Michael Linde als ordentliches Mitglied (Nachfolge W. Grotke) sowie
2. Herrn Marco Gebbe als persönlichen Vertreter von Herrn Michael Linde.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**4.4. Nachbenennung eines Mitglieds für den Stadtteilbeirat Gellendorf/Südesch
Vorlage: 163/24**

Beschluss:

Der Rat der Stadt Rheine wählt gem. Ziffer 2 der Verfahrensregelungen für die Stadtteilbeiräte für die Dauer der Wahlzeit des Rates Inga Vogt als neues Mitglied für den Stadtteilbeirat Gellendorf/Südesch.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

4.5. Änderung in der Besetzung von Gremien - Antrag der CDU-Fraktion Vorlage: 196/24

Beschluss:

Die Mitglieder des Rates der Stadt Rheine bestellen auf Antrag der CDU-Fraktion

1. Frau Maja Dirks zur Sachkundigen Bürgerin als stellvertretendes Mitglied in den Schul- und Sportausschuss,
2. Frau Dr. Meike Appelrath, zur Sachkundigen Bürgerin als stellvertretendes Mitglied in den Planungs- und Baubegleitender Ausschuss Rathauszentrum,
3. Herrn Johannes Rudolph, zum Sachkundigen Bürger als stellvertretendes Mitglied in den Sportausschuss.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

5. Abschluss eines Mietvertrages mit dem Land NRW für die Errichtung und dem Betrieb einer Zentralen Unterbringungseinheit für Flüchtlinge auf der Fläche Neuenkirchener Straße 310 (Alte Straßenmeisterei) Vorlage: 176/24

Herr Dr. Lüttmann führt aus, dass die Verwaltung es sich nicht einfach mache Lösungen im Stadtgebiet zu finden. Er könne die berechtigten Fragen und die Betroffenheit der Anwohner verstehen, aber aufgrund der dezentralen Unterbringungskonzepte stünden heute viele Kommunen mit dem Rücken zur Wand. Auch der Verwaltung falle es nicht leicht, solche Entscheidungen vorzubereiten. Eine ZUE werde vom Land NRW betrieben und auch finanziert, dies sei aus städtischer Sicht die Motivation eine solche Einrichtung nach Rheine zu holen, und aus gesamtstädtischer Sicht auch sinnvoll. Eine gesetzliche Verpflichtung zur Unterbringung von Flüchtlingen bestünde weiterhin.

Herr Gausmann erläutert die Unterbringung von Flüchtlingen in der Vergangenheit, in der auch Turnhallen belegt werden mussten. Darüber hinaus gebe es nicht nur die Flüchtlinge, sondern auch weiteren Zuzug nach Rheine aus dem EU-Raum. Die Personen, die in einer ZUE untergebracht seien, würden auf die Unterbringungsquote der Kommune angerechnet. Dadurch würden andere Bereiche in Rheine entlastet, seien es die Kindertageseinrichtungen, die Schulen, aber auch der Wohnungsmarkt.

Es bittet daher um Zustimmung zur Vorlage.

(Hierzu wird auch auf die Antworten zum Fragenkatalog der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der als Anlage der Vorlage beigelegt ist, verwiesen.)

Herr Hachmann stellt fest, dass es für die Anwohner ein emotionales und besonderes Thema sei. Er stimmt der Verwaltung zu, dass eine ZUE die Stadt Rheine an allen möglichen Stellen entlasten würde, auch im finanziellen Bereich. Für die Anwohner sei dies keine Lösung, aber für die Politik der Maßstab, der angelegt werden müsse. Seine Fraktion stünde dahinter, dass Flüchtlinge in Deutschland aufgenommen werden müssen. Er erklärt, dass gesehen werde, dass die geplante ZUE in einem Wohngebiet läge, sie läge aber auch direkt an einer Straße, die eine gute Erreichbarkeit biete. Auch gebe es auf der gegenüberliegenden Seite gar keine Bebauung. Zudem läge ein Nahversorgungszentrum in der Nähe. Aus seiner Sicht sei der Standort grundsätzlich geeignet. Er führt weiter aus, dass heute nicht der Beschluss für den Kaufvertrag gefasst werden solle, sondern die Verwaltung mit der Durchführung der Verhandlungen beauftragt

und der Mietvertrag dann anschließend dem Rat vorgelegt werde. Er möchte, dass die Informationsveranstaltung vor dem Abschluss des Mietvertrages stattfinde, die Verwaltung aber schon Verhandlungen führen könne. Weiter schlägt er vor, dass drei weitere Punkte in die Verhandlungen aufgenommen werden sollen:

1. Zugang zum Gelände der ZUE nur über die Neuenkirchener Straße,
2. Mögliche Lärmschutzmaßnahmen,
3. Betrieb als besondere Einrichtung nach dem Gewaltenschutzgesetz.

Herr Volker Brauer begrüßt den Vorschlag, den Beschluss zu verschieben und erst die Informationsveranstaltung durchzuführen. Er fragt nach, mit welchen Kosten im Haushalt gerechnet werden müsse.

Frau Schauer erklärt, dass mit der Nutzung des Grundstücks als ZUE noch Kosten für den Rückbau in Höhe von 250.000 Euro anfallen würden. Die weiteren Aufwendungen im Haushaltsplan waren für die Entwicklung eines Gewerbegrundstücks vorgesehen und würden jetzt nicht mehr benötigt, zuzüglich der Auszahlungen für den Ankauf des Grundstücks.

Herr Lenz stellt fest, dass Dialogbedarf bestehe und die Anwohner hätten früher informiert werden müssen. Er wünsche sich, dass zur nächsten Informationsveranstaltung jeder Anwohner informiert werde, da nicht jeder eine Tageszeitung erhalte.

Herr Dr. Lüttmann weist darauf hin, dass die Reihenfolge der Beratungen mit der Politik kommuniziert worden sei und die Informationsveranstaltung auch vor einem möglichen Vertragsabschluss stattfinden würde.

Herr Bems geht davon aus, dass nach den heutigen sachlichen und berechtigten Fragen der Anwohner in der Informationsveranstaltung tiefergehende Antworten erfolgen werden, da dort auch die Bezirksregierung anwesend sei. Seine Fraktion könne mit dem Vorschlag von Herrn Hachmann, heute nur die Vorbereitung des Vertrages zu beschließen, mitgehen. Die anderen Punkte sollten in die Verhandlungen mit der Bezirksregierung mit aufgenommen werden. Er hält ebenfalls eine ZUE für sinnvoll, damit die Belastungen für die Stadt Rheine reduziert werden können.

Herr Ortel stellt fest, dass das Vorhaben eine ZUE in Rheine zu errichten, allen Ratsmitgliedern lange bekannt sei und die Politik diesen Weg mitgehen wolle. Er habe heute ebenfalls festgestellt, dass es noch Informationsbedarf bei den Anwohnern gebe. Er weist darauf hin, dass, egal welcher Standort genommen werde, es immer Bedenken der Anwohner geben werde. Auch er schließt sich dem Vorschlag von Herrn Hachmann an, weist aber die anwesenden Einwohner darauf hin, dass es nach der Anhörung vermutlich nicht wesentliche Änderungen geben werde.

Frau Friedrich bedankt sich bei der Verwaltung für die Antworten auf die Anfrage ihrer Fraktion (redaktioneller Hinweis: Anlage zur Vorlage). Auch bedankt sie sich bei den Einwohnern für die sachlichen Fragen. Sie weist darauf hin, dass dies Verfahren ein Informationsverfahren und kein Beteiligungsverfahren sei. Auch ihre Fraktion könne dem Vorschlag von Herrn Hachmann zustimmen. Es gebe jedoch noch eine zusätzliche Anregung die bei den Verhandlungen diskutiert werden sollte. Es solle geprüft werden, ob eine Reduzierung der Belegung erreicht werden könne, falls der Personalschlüssel nicht eingehalten werde.

Frau Floyd Wenke erklärt, dass ihre Fraktion ebenfalls dem Vorschlag von Herrn Hachmann zustimmen werde, jedoch die Aufnahme der zusätzlichen Punkte in die Verhandlungen ablehne.

Herr Brunsch schließt sich dem Vorschlag von Herrn Hachmann ebenfalls an. Er würde gerne die Verwaltung bitten zu prüfen, ob die Zufahrt nur von der Neuenkirchener Straße erfolgen könne. Er erklärt, dass die ZUE kommen werde, die Frage sei aber, wie sie dort gebaut werde.

Beschluss:

I. Der Rat der Stadt Rheine beauftragt die Verwaltung mit der Vorbereitung eines 10-jährigen Mietvertrages mit dem Land Nordrhein-Westfalen zum Zwecke der Errichtung und dem Betrieb einer Zentralen Unterbringungseinheit (ZUE) für Flüchtlinge auf der Fläche Neuenkirchener Straße 310 (Alte Straßenmeisterei) mit den in der Vorlage genannten Eckpunkten. Die Umsetzung erfolgt vorbehaltlich des Abschlusses des Kaufvertrages zu den bereits beschlossenen Eckpunkten mit der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BIMA).

II. Zusätzlich sollen folgende Punkte bei den Verhandlungen mit geprüft werden:

1. Zugang zum Gelände der ZUE über die Neuenkirchener Straße
2. Mögliche Lärmschutzmaßnahmen
3. Betrieb als besondere Einrichtung nach dem Gewaltenschutzgesetz
4. Reduzierung der Belegung, falls der Personalschlüssel nicht eingehalten wird.

Abstimmungsergebnis: zu I. einstimmig beschlossen

zu II. geändert mehrheitlich beschlossen

38 - Ja

2 - Nein

1 - Enthaltung

6. Arbeitsbericht Fachstelle Bürgerengagement Vorlage: 156/24

Herr Schridde stellt den Arbeitsbericht der Fachstelle Bürgerengagement vor. Auf die als Anlage beigefügte Präsentation wird verwiesen.

Herr Dr. Lüttmann bedankt sich bei Herrn Schridde für die geleistete Arbeit in den letzten Jahren. Über die Stadtgrenzen hinaus sei Rheine ein Begriff beim Thema Bürgerengagement.

Frau Friedrich schließt sich dem Dank an. Sie stellt fest, was die Bürgerinnen und Bürger übernehmen, das müsse die Verwaltung nicht machen. Wenn diese Menschen nicht wären, würde der Sozialstaat nicht funktionieren.

Herr Hachmann spricht Herrn Schridde ebenfalls seinen Dank für seine geleistete Arbeit im Bürgerengagement aus.

Herr Bems bedankt sich bei Herrn Schridde für sein Engagement, dies sei eine wertvolle Arbeit gewesen.

Auch Herr Ortel bedankt sich bei Herrn Schridde für seine geleistete Arbeit.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Rheine nimmt den Arbeitsbericht der Fachstelle Bürgerengagement zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis: zur Kenntnis genommen

**7. Schaffung zusätzlicher Ausbildungskapazitäten für die Feuerwehr zum 01.01.2025
Vorlage: 164/24**

Herr Krümpel erläutert die Hintergründe zur Vorlage und bittet um Zustimmung.

Herr Volker Brauer fragt nach, ob der Standort Rheine attraktiv für die hauptamtlichen Feuerwehrleute sei, und fragt nach Gründen, warum die Auszubildenden nicht alle bleiben möchten.

Herr Krümpel erklärt, dass der Standort Rheine eigentlich attraktiv sei mit dem Rettungshubschrauber, Rettungsdienst und über 100 Hauptamtlichen. Alleine die Stadt Münster würde nach seinem Kenntnisstand über 90 Personen in den nächsten Jahren suchen. Personen, die hier wohnen, würden in der Regel in Rheine bleiben.

Herr Christian Jansen fragt, ob diese Personen die in den nächsten Jahren aus der Feuerwehr ausscheiden altersbedingte Gründe haben.

Herr Krümpel erwidert, dass in den nächsten fünf Jahren zehn Personen in den Ruhestand gehen werden.

Herr Niehoff erklärt, dass seine Fraktion die Vorlage wohlwollend zur Kenntnis genommen habe, dass bereits jetzt vorausschauend geplant werde.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Rheine beschließt:

1. Bei der Feuerwehr der Stadt Rheine werden zum 01.01.2025 acht zusätzliche Ausbildungsplätze für Brandmeisteranwärter geschaffen.
2. Die hierfür erforderlichen Mittel werden im Rahmen der Haushaltsplanberatungen 2025 veranschlagt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**8. Feststellung des Gesamtabschlusses 2022 und Entlastung des Bürgermeisters
Vorlage: 129/24**

Herr Doerenkamp bittet um Zustimmung zur Vorlage.

Herr Dr. Lüttmann gibt zu Punkt 3 die Versammlungsleitung an Herrn Lenz ab.

Herr Lenz bitte um Entlastung.

Nach erfolgter Entlastung gibt Herr Lenz die Versammlungsleitung an Herrn Dr. Lüttmann zurück.

Beschluss:

1. Der Rat der Stadt Rheine nimmt das Ergebnis der Prüfung des Gesamtabschlusses der Stadt Rheine 2022 zur Kenntnis.
2. Der Rat der Stadt Rheine beschließt gem. § 116 Abs. 9 i. V. mit § 96 Abs. 1 GO NRW die Feststellung des Gesamtabschlusses 2022 in der Fassung vom 09. Februar 2024.
3. Die Ratsmitglieder der Stadt Rheine beschließen, dem Bürgermeister die Entlastung gem. § 116 Abs. 1 i. V. mit § 96 Abs. 1 GO NRW zu erteilen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

9. **Übersicht über die unerheblichen über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen im Haushaltsjahr 2023**
Vorlage: 159/24

Beschluss:

Der Rat der Stadt Rheine nimmt die Übersicht über die unerheblichen über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen im Haushaltsjahr 2023 zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis: zur Kenntnis genommen

10. **Übersicht über die Ermächtigungsübertragungen aus dem Haushaltsjahr 2023**
Vorlage: 160/24

Herr Krümpel erläutert, dass die Steigerung der Ermächtigungsübertragungen mit dem spät beschlossenen Haushalt zusammenhänge. Es musste mehr übertragen werden, um bei einigen Baumaßnahmen handlungsfähig zu bleiben.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Rheine nimmt die Übersicht über die Ermächtigungsübertragungen aus dem Haushaltsjahr 2023 zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis: zur Kenntnis genommen

**11. Festlegungen zu den Entnahmen aus dem kvw-Versorgungsfonds
Vorlage: 141/24**

Herr Krümpel erläutert, dass bisher immer nur in den Fond eingelegt wurde. Er bittet der Ermächtigung zuzustimmen, damit die Stadt Rheine, falls die Liquiditätskredite nicht ausreichen, handlungsfähig bleibt.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Rheine ermächtigt die Verwaltung, jährlich maximal in Höhe der für das jeweilige Jahr geplanten Höhe an Pensionsauszahlungen Beträge aus dem kvw-Versorgungsfonds zu entnehmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**12. Fortschreibung des Wasserversorgungskonzeptes für die Stadt Rheine
Vorlage: 134/24**

Herr Dr. Lüttmann begrüßt Herrn Woltring von den Stadtwerken Rheine, der dieses Konzept erarbeitet habe und für Rückfragen zur Verfügung stehe. Weiter führt er aus, dass dieses Konzept im Auftrag der Stadt Rheine erstellt wurde und es somit keine Vorberatung im Aufsichtsrat gegeben habe. Auch weist er auf die Pflicht zur Einreichung bis zum 30.06.2024 hin.

Frau Friedrich fragt, was passiere, wenn nicht genug Wasser vorhanden sei, und ob es ein Konzept über Sparmaßnahmen gebe sowie mit welchen Maßnahmen der Wasserbedarf reduziert werden könne. Darüber hinaus erkundigt sie sich, ob die Wasserentnahmen aus dem tiefen Grundwasser erfolgen.

Herr Woltring erläutert, dass das Wasserversorgungskonzept die Versorgung der Stadt Rheine im Normalfall vorsehe. Auch in Extremsituationen sei die Wasserversorgung gewährleistet. Sollten darüber hinaus Sparmaßnahmen erforderlich werden, könne dies per Verordnung erlassen werden. Außerdem werde aktuell noch kein Tiefengrundwasser entnommen.

Frau Friedrich stellt fest, dass dies alles Reaktionen auf eine mögliche Wasserknappheit seien und fragt, ob man nicht proaktiv tätig werden könne.

Herr Woltring stellt fest, dass dies eine Aufgabe der Kommune sei.

Frau Schauer ergänzt, dass dies im Rahmen des Klimafolgenanpassungskonzeptes diskutiert werde. Sie führt aus, dass bereits Maßnahmen bei Bauvorhaben umgesetzt würden. Sie verweist als Beispiel auf die Zisterne beim Bernburg-Park.

Herr Bems erkundigt sich, wie die Alternativen aussehen, sollten sich aufgrund geänderter Vorgaben der EU-Wasserrahmenlinie die geplanten Entnahmemengen nicht mehr realisieren lassen.

Herr Woltring erklärt, dass bereits jetzt die Möglichkeit bestehe, Wasser aus dem Dortmund-Ems-Kanal zu entnehmen.

Herr Doerenkamp stellt fest, dass die Einwohnerzahlen im Wasserversorgungskonzept von den Annahmen, die bisher getroffen wurden, abweichen.

Herr Woltring erläutert, dass diese Zahlen aus den Statistiken der IT-NRW entnommen wurden und diese Differenzen unter anderem daran lägen, dass die Zuwanderer von IT-NRW nicht in der Weise berücksichtigt wurden. In einigen Jahren müsse das Wasserversorgungskonzept so wieso angepasst werden.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Rheine beschließt die Fortschreibung des Wasserversorgungskonzeptes.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

13. Anfragen und Anregungen

13.1. Bahnverbindung Rheine - Münster

Herr Lenz fragt nach, wann die Westfalen-Bahn zum alten Takt zwischen Rheine und Münster zurückkehre.

Herr Dr. Lüttmann erklärt, dass er bereits eine Anfrage gestellt habe, jedoch noch keine Antwort vorläge.

Ende öffentlicher Teil:

19:53 Uhr